

Bildung und Gesundheitsvorsorge: Das muss Arbeitern und Managern gleichermaßen gewährt werden. Ohne gesellschaftlichen Zusammenhalt kann man das nicht durchsetzen. Daneben ist der Zusammenhalt und die Vernetzung starker regionaler und zentraler Institutionen notwendig. Umfassende Kinderbetreuung zum Beispiel hängt meines Erachtens mit dem Aspekt der Ausbildung zusammen und ist eine Voraussetzung für eine mündige Bürgergesellschaft, die in der globalisierten Welt erfolgreich sein kann.

Es ist wichtig zu realisieren, dass im 21. Jahrhundert nicht mehr nur drei demokratische Ebenen interagieren, sondern fünf. Es gibt die lokale, die regionale und die nationale Ebene. Außerdem haben wir jetzt die europäische und – visionär gesprochen – die globale Ebene der Demokratie. Hier ist Präzision erforderlich, denn viele Bürger betrachten die europäische und die globale Ebene als etwas, das ihnen sehr fern liegt. Es ist wichtig zu vermitteln, dass uns diese beiden neuen Sphären einen Teil der Souveränität zurückgeben, die wir im Prozess der Globalisierung verloren haben.

**NG/FH:** Innerhalb der Partei haben wir derzeit zukunftsweisende Debatten. Modernisierer fordern einen an die Erfor-

dernisse der Zeit angepassten Sozialstaat. Die Vertreter des linken Flügels wollen eher die traditionellen Hoffnungen und Erwartungen der Bürger thematisieren, um ausreichend Unterstützung für unser Programm zu erhalten. Wie stehen Sie dazu?

**Rasmussen:** Meiner Meinung nach sollte man die Bezeichnung »Erfordernis« in einem Programm wie diesem auf jeden Fall vermeiden. Wenn man die Bürger für Reformen gewinnen möchte, indem man ihnen sagt, das sei jetzt eben nötig, dann wird man sie verlieren. Es ist fundamental wichtig, den Leuten das Gefühl zu geben, dass sie eine Wahl haben. Und deshalb sollte man ihnen Wahlmöglichkeiten anbieten. Das steht in direkter Verbindung zum Gefühl der Verantwortlichkeit, zu den Rechten und Pflichten. Wenn man den Menschen nicht sagt, worum es geht, werden die Modernisierer ins Hintertreffen geraten. Die Brücke zwischen dem linken Flügel, den Traditionalisten, und den Modernisierern kann nur geschlagen, die Modernisierungspolitik nur zum Erfolg geführt werden, indem die ganze Geschichte offen dargelegt, die Projekte überzeugend begründet und mit den Werten, die ich vorhin erwähnt habe, glaubwürdig verbunden werden.

Gespräch mit Susanne Gaschke

## »Die Familie erscheint zu weit hinten«

Die Reporterin der Wochenzeitung *DIE ZEIT*, Jahrgang 1967, arbeitet vorrangig zu den Schwerpunkten Familien- und Bildungspolitik und hat dazu diverse Bücher veröffentlicht. Zuletzt erschien bei BERTELSMANN *Die Emanzipationsfalle*, in dem sie ein Plädoyer für ein neues Rollenverständnis von Männern und Frauen formuliert.

**NG/FH:** Das Thema Familie soll in der neuen Programmatik eine Schlüsselrolle spielen, erscheint aber im Entwurf am Ende des Textes mit wenigen konkreten

Maßnahmen. Halten Sie das Familienbild, das dort gezeichnet wird, und die Politiken, die formuliert sind, für angemessen, zeitgemäß und ausreichend?

**Susanne Gaschke:** Ich hätte mir natürlich gewünscht, dass das Thema weiter vorne platziert worden wäre, um das Augenmerk stärker darauf zu lenken. Die Situation von Familien ist aber realistisch analysiert. Einerseits steht man weiterhin zur Ehe, zu der klassischen – möglichst intakten – Familie; erkennt aber andererseits an, dass es aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen manchen Familien unmöglich ist, in der klassischen Form zu leben. Das ist gut.

Der Maßnahmenkatalog zur Familienpolitik bleibt allerdings deutlich hinter dem zurück, was die Große Koalition bereits jetzt praktiziert. Im Entwurf gibt es nur eine Reihe relativ vager Formulierungen, etwa dass Alleinerziehende nicht in Not geraten dürfen. Das ist doch allgemein anerkannt. Unterdessen hantiert eine CDU-Ministerin sehr erfolgreich mit einem Instrumentarium, das zum großen Teil Sozialdemokraten erdacht haben – wie das Elterngeld oder die Überlegung, den Kinderzuschlag für Geringverdiener zu erhöhen. Darüber Hinausweisendes fehlt, zum Beispiel endlich eine Diskussion über die Qualität der Kinderbetreuung, die die Große Koalition so eifrig ausbaut. Was wird eigentlich veranstaltet in den neuen Krippen? Wie sind die Erzieherinnen auszubilden? Wo nimmt man sie überhaupt her? So etwas interessiert Eltern!

Ich finde auch, dass man konkret und nicht verschwurbelt sagen sollte, dass man im Steuerrecht ein Familiensplitting anstrebt. Oder: Wie ist das Elterngeld zu bewerten? Bleiben wir bei der derzeitigen Regelung, oder bauen wir es sogar noch aus? Können Väter noch stärker eingebunden werden, wie zum Beispiel in Skandinavien? Und zwar ohne dass sie deshalb auf dem Arbeitsmarkt scheitern? Das Elterngeld ist doch insgesamt eine revolutionäre neue Sozialleistung, die die SPD mit eingeführt hat. Im

Programmentwurf liest man dazu leider nichts.

Mit Zeitmangel und Beschleunigung befasst sich der Programmentwurf ja durchaus. Aber was soll konkret geschehen, um Unternehmenskulturen dahingehend zu verändern, dass es akzeptabel wird, eine Zeit lang abwesend zu sein, um Kinder zu erziehen oder Angehörige zu pflegen? Und zwar für Männer und Frauen? Alles wird zwar irgendwie angesprochen im Programmtext – Stichwort flexible Arbeitszeiten –, aber doch sehr vage. Die SPD muss sich doch jetzt profilieren gegen eine Politik, die von einer CDU-Frau angeführt wird und die sehr

hohe Zustimmungswerte bekommt. Also: Was ist die eigene Idee der SPD? Und übrigens: Wer steht personell für diesen Teil des Programms?

**NG/FH:** Lassen Sie uns den Blick lenken auf die mediale und öffentliche Kommunikation. Welchen Eindruck haben Sie als profilierte Beobachterin aus den Reihen der Medien von dem Programm *in toto*, im Hinblick auf Substanz, Zuspitzung, Originalität?

**Gaschke:** Es ist eine realistische Bestandsaufnahme der Dinge, die uns heute bedrängen, eine Bestandsaufnahme, die das Beschleunigungsproblem und den Globalisierungsdruck in unserer Gesellschaft anerkennt. Wenn man diesen Punkt in der Kommunikation noch stärker akzentuieren könnte, dann könnte das für die SPD gewiss von Vorteil sein.

Wir haben zum Beispiel jahrelang eine Diskussion geführt, die von den Ängsten der Arbeitslosen ausgegangen ist – und sehr viele Menschen, die gar nicht arbeitslos waren, haben ihre Nöte umstandslos auf sich bezogen. Nun wird langsam deutlich, dass die Durchökonomisierung der Gesellschaft auch noch eine andere Seite gehabt hat: nämlich dass die Veränderungen am Arbeitsplatz mit permanenter Erreichbarkeitserwartung und dem dauernden Ruf nach Flexibilität die Privatleben vieler Menschen kaputt gemacht haben. Es gibt zwar immer noch zu viele Arbeitslose, aber noch mehr Leute, die unter dem Arbeitsdruck leiden.

Das Stichwort von der »guten Arbeit« ist daher intelligent gewählt.

Und hier wären auch die Journalisten sicher sehr aufnahmebereit, weil sie die irrsinnige Arbeitsverdichtung aus eigenem Erleben kennen.

**NG/FH:** In den Medien herrscht vielfach eine Haltung, solch ein Programm be-

käme – zumindest für die Medien selbst – erst Substanz und Inhalt in der Verkörperung durch den Parteivorsitzenden. Halten Sie das für eine zutreffende These?

**Gaschke:** Das ist doch völlig absurd. Zunächst einmal ist die SPD eine große und lebendige Partei, die sich hier einen Text gegeben hat, der es ermöglicht, all diese komplexen und schwierigen Entwicklungen zu diskutieren, miteinander und – nach wie vor – in die Gesellschaft hinein. Nicht alle werden das Programm lesen, aber viele werden mit Leuten reden, die es gelesen haben ...

**NG/FH:** ... spielt das in der Medienwahrnehmung überhaupt eine Rolle?

**Gaschke:** Möglicherweise nicht, aber es ist dennoch für eine Partei existenziell wichtig, die ja auch noch in anderen Formen der Öffentlichkeit bestehen muss, die neben den Medien existieren. Und dazwischen klafft heute eine große Lücke: Wenn zum Beispiel Leute eine Veranstaltung besuchen und sie lesen dann am nächsten Tag einen Bericht in ihrer Lokalzeitung, dann sind sie häufig erstaut und empört, wie wenig der Verfasser verstanden zu haben scheint von dem, was da besprochen wurde. Wir dürfen uns nicht beschränken auf die selbstverliebte Wahrnehmung unserer selbst als Medienelite, die gar keine andere Art von Öffentlichkeit mehr anerkennt. Diese gibt es natürlich und sie ist für eine intakte Demokratie enorm wichtig.

Und es ist ja beileibe nicht nur der alles überragende Vorsitzende, der die Diskussion bestimmt, sondern der Streit spielt sich zwischen verschiedenen Führungsfiguren ab – über die richtige Akzentsetzung und das Gespräch über einen wichtigen Grundlagentext.

**NG/FH:** Herzlichen Dank für das Gespräch.